

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (Inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

24. Januar 1968 - 7 / 11
Einzelpreis DM 0.75

SCHÜTZ: PESSIMISTISCH WEGEN BERLIN-HILFE DES BUNDES

Aus dem Regierenden Bürgermeister nahestehenden Kreisen wird bekannt, daß Klaus Schütz die wirtschaftlichen Aussichten Westberlins für 1968 weit pessimistischer einschätzt, als er offiziell zugibt. Nach wie vor wandern Betriebe ab, die Löhne in Westberlin liegen nach wie vor niedriger als in der Bundesrepublik. In der Metallindustrie beispielsweise liegt Westberlin gegenüber Hamburg um 17 Prozent zurück. Schütz hält es nicht für ausgeschlossen, daß es 1968 in Westberlin erstmals seit langer Zeit wieder Lohnstreiks geben wird - "Wasser auf die Mühlen der Opposition".

In der Umgebung von Schütz wird mit Sorge vermerkt, daß in Bonn das Berlin-Problem nicht mehr als so wichtig angesehen werde. Vor allem in der SPD-Bundestagsfraktion würden die Ruhrgebiets-Probleme jetzt Vorrang genießen. Das bringe mit sich, daß im Bonner Wirtschaftsministerium die unklaren Vorstellungen von einer Unterstützung Westberlins nicht "richtiggestellt" würden. Es wird derzeit in Bonn erwogen, die Berlin-Präferenzen im Zuge der Sparmaßnahmen entscheidend zu kürzen - "man weiß nur nicht, in welcher Form".

SPD WESTBERLIN: ANGST VOR EINEM VOLKSENTSCHEID

Die Führungsgremien der Westberliner SPD haben sich - obwohl in der Öffentlichkeit noch "heftiges Ringen" vorgetäuscht wird - bereits entschieden, den auch von der FDP unterstützten CDU-Antrag auf Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid in Westberlin abzulehnen. Im Vordergrund der Diskussion steht dabei, daß die SPD die "mühsam errungene Rechtseinheit zwischen Berlin und Bundesrepublik" nicht gefährden will, wenn Bundesgesetze per Volksentscheid in Westberlin außer Kraft gesetzt werden. Die Sorge der SPD konzentriert sich vor allem auf die bevorstehende Deklaration Westberlins zum "Weißen Kreis"; es wird - zu Recht - erwartet, daß die Außerparlamentarische Opposition in diesem Falle einen Volksentscheid über die Ablehnung dieses Bundesgesetzes herbeiführen würde. Ein solcher Erfolg der Opposition würde allerdings weniger "die Rechtseinheit" gefährden als die SPD-Politik in Westberlin endgültig desavouieren.

GRIECHENLAND-PROTEST: KOMITEE DER 100 STELLT SICH VOR

Am Freitag, 26. Januar, 20 Uhr, wird sich das am 20. Januar im Republikanischen Club konstituierte "Komitee der 100 für die Freiheit Griechenlands" im Audimax der FU vorstellen und dazu aufrufen, als erste Aktion am Sonnabend, 3. Februar, zwischen 11 und 13 Uhr eine Blockade der griechischen Militärmission durchzuführen (siehe EXTRA-Dienst 5/II). Die Forderungen sollen sich zunächst auf die "Freilassung aller politischen Gefangenen in Griechenland" konzentrieren. 3000 Menschen sollen eine Selbstverpflichtung unterschreiben, deren Text lautet: "Ich verpflichte mich, am 3. Februar an dem Sitzprotest vor der griechischen Militärmission teilzunehmen und mich gewaltfrei zu ver-

halten". Regierender Bürgermeister und Innensenator sollen zur Teilnahme am Sitzprotest eingeladen werden. In einer Demokratie, so heißt es in einer Erklärung des "Komitees der 100", müsse dies als "ausreichende Anmeldung" einer Demonstration gelten. Die Genehmigung sich "gnädigst erteilen zu lassen, hieße den Regierenden in Bonn und Berlin nur ein Alibi liefern für ihr konsequentes Zögern, wirksame Schritte zur Befreiung Griechenlands zu unternehmen". Das Büro des Komitees leitet Gerhard Schofer, Berlin 37, Heimat 24 (Telefon 84 75 67). Zum Komitee der 100 gehören u. a. Dr. Johannes Agnoli, Pfarrer Gerhard Dümchen, Dr. Theodor Ebert, Prof. Ossip K. Flechtheim, Rolf Herboth, Niels Kadritzke, Justizsenator a. D. Wolfgang Kirsch, Rechtsanwalt Horst Mahler, Pfarrer Johannes Müller, Verleger Nikolaus Neumann.

INTERNATIONALE VIETNAMKONFERENZ: MESSEHALLE SAGT AB

Die Internationale Vietnam-Konferenz, die auf Initiative des SDS am 17. und 18. Februar in Westberlin stattfinden soll, wird nicht in den Messehallen durchgeführt werden. Die Direktion sagte "aus technischen Gründen" ab, da vor und nach der geplanten Konferenz messe-ähnliche Veranstaltungen stattfinden, die "längere Auf- und Abbaufrieten" erforderten. Die Direktion erklärte, die Absage sei ohne Rücksprache mit dem Senat von Westberlin erfolgt; richtig ist hingegen, daß mit dem Senat über einige Tage hinweg wegen der Vietnam-Konferenz beraten wurde. - Die Konferenz wird von rund 20 sozialistischen Jugend- und Studentenorganisationen veranstaltet und soll "die vietnamesische Revolution und den anti-imperialistischen und anti-kapitalistischen Kampf in den kapitalistischen Ländern theoretisch diskutieren". Die Konferenz wird mit einer "Straßendemonstration für den Sieg der vietnamesischen Revolution" enden. - Der Sportpalast und die Deutschlandhalle stehen wegen bereits fest eingeplanter Veranstaltungen am 17. und 18. Februar nicht zur Verfügung. Wie das vorbereitende Büro mitteilt, ist das Auditorium maximum der Technischen Universität beantragt worden. Eine Genehmigung zur Durchführung der Veranstaltung in der TU soll, wie aus der Umgebung des Rektorats zu erfahren ist, erteilt werden.

SED WESTBERLIN: PROGRAMM FÜR HOCHSCHULREFORM

Die SED Westberlin veröffentlichte in ihrer Zeitung "Die Wahrheit" am 23. Januar den "Entwurf eines Programms für eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform". Der Parteivorsitzende Danelius hat gleichzeitig Arbeiter, Angestellte und Intellektuelle aufgerufen, "zu diesem Entwurf schriftlich ihre Meinung zu sagen, um auf diese Weise zur weiteren Konkretisierung des Entwurfs beizutragen". Die Stellungnahmen sollen an die "Wahrheit"-Redaktion, Berlin 21, Kaiserin-Augusta-Allee 101 gesandt werden. Dort ist das Programm auch als Sonderdruck zu haben. - Die drei wesentlichsten Punkte des Programms: 1. Demokratische Bildungsreform, die durch ihre "Durchlässigkeit auf allen Stufen und die Elastizität der pädagogischen und didaktischen Methoden einem jeden, auch dem Spätbegabten, jede Aufstiegsmöglichkeit bis zur Universität eröffnet, Fehlleitungen ausschließt und in keine Sackgasse führt". 2. Eine selbständige Hochschulpolitik unter Mitbestimmung der Studentenschaft, wörtlich: "Schaffung optimaler Studienbedingungen, das aber nicht unter autoritärer Führung und für eine ausgewählte Zahl von Begünstigten, sondern bei Chancengleichheit für alle und unter demokratischer Mitbestimmung". 3. Die Installierung eines unabhängigen Westberliner Wissenschaftsrats, dem u. a. folgende Aufgaben zufallen sollen: Hochschulplanung, Demokratisierung und Ausbau der Hochschulen, Forschungsplanung für die Stadt, moderne Grundlagenforschung, Vorbereitung eines weltoffenen Austausches und großzügiger Zusammenarbeit auf dem Wissenschaftssektor mit Ost und West.

KALTE KRIEGER: VERWIRRT ÜBER ANTI-MOSKAU-PROTESTE

Die Westberliner Kalte-Kriegs-Front von der "Morgenpost" bis zum RCDS ist verwirrt über die Protestresolutionen der Außerparlamentarischen Opposition zum Moskauer Schriftsteller-Prozeß. Der Konvent der Freien Universität und der Landesvorstand der Sozialistischen Jugend "Die Falken" haben Erklärungen abgegeben, in denen zwar die

Sorge um autoritäre Tendenzen in den sozialistischen Staaten zum Ausdruck gebracht wird, zugleich aber in einer beispielsweise "Morgenpost"-Redaktion und RCDS offenbar nicht zugänglichen intellektuellen Sprache differenziert wird. Der Kalten-Kriegs-Front wurde damit die Möglichkeit genommen, die Opposition wegen "ihres Schweigens" zu diffamieren.

Auszug aus der "Falken"-Erklärung: "Der Schriftstellerprozeß in Moskau liefert einen weiteren Beweis dafür, daß tiefes Mißtrauen in die Urteilskraft des Volkes das Wesensmerkmal jeder Bürokratie ist. Der Kampf der Sozialisten in den kapitalistischen Ländern für eine sozialistische Gesellschaftsordnung wird durch die Deformation sozialistischen Gedankengutes in der Sowjetunion belastet. Wir sprechen dem sowjetischen Volk keinesfalls das Recht ab, sich gegen innere Feinde des Sozialismus zu schützen. Die Prozeßführung hinter verschlossenen Türen läßt jedoch nicht erkennen, daß es darum überhaupt ging. Unsere Verurteilung bürgerlicher Klassenjustiz wäre ungläubwürdig, würden wir zur Terrorjustiz in Gesellschaftsordnungen schweigen, die wir prinzipiell verteidigen."

Auszug aus der Konvents-Erklärung: "Es stellt sich die Frage, welche Funktion heute einderartiges Vorgehen gegen spontane Bewegungen innerhalb des sozialistischen Systems und derartige Prozesse gegen Einzelne haben sollen. Die Notwendigkeit von Abwehrmaßnahmen gegen die von Imperialisten unterstützte Konterrevolution mag einsichtig sein, die Unterdrückung kritischer Teile der Bevölkerung muß jedoch scharf verurteilt werden. Es besteht der Verdacht, daß diese Praktiken von den tatsächlichen Problemen ablenken sollen, wie von der Beseitigung der tradierten Bürokratie, wenn z. B. spontane Bewegungen sich selbst organisieren, die Bürokraten jedoch nicht willens sind, inhaltlich zu diskutieren, sondern statt dessen administrativ reagieren."

BUCHMESSE: DAS GESICHT MUSS GEWAHRT WERDEN

Die Ankündigungen einer "Politik der Stärke", die der Frankfurter Börsenvereins-Vorsteher Friedrich Georgi dieser Tage für die bevorstehenden Verhandlungen über die Teilnahme der DDR an der Frankfurter Herbstmesse machte, werden auf den Ausgang der Verhandlungen voraussichtlich keinen Einfluß haben. Dem Vernehmen nach geht es Georgi vor allem darum, vor der westdeutschen Öffentlichkeit das Gesicht zu wahren, wenn der Frankfurter Börsenverein in den Verhandlungen seine bisherigen Positionen weitgehend aufgeben muß. Georgis spektakuläre Hauptforderung an die DDR, mit deren Durchsetzung der Börsenverein sich in der Öffentlichkeit rechtfertigen will, ist jedenfalls ein Bluff: In Frankfurt - so Georgi - müsse "als verbindliches Recht das Recht der Bundesrepublik Deutschland gelten." Dagegen hat sich die DDR jedoch nie gewandt. Sie verlangt lediglich, daß die Frankfurter Messeleitung in dieser Frage künftig keine vorgerichtliche Zensur mehr ausübt und Verlage, die möglicherweise mit der Justiz der Bundesrepublik in Konflikt kommen könnten, aufgrund der Messeordnung im voraus ausschließt.

Die DDR hat die auf allen internationalen Messen übliche Regelung, nach der das Recht des Gastlandes gilt, stets anerkannt. Das gilt auch für den Fall des 1967 beschlagnahmten "Braunbuches", dessen Beschlagnahme nach Auffassung der DDR auch nach westdeutschem Recht illegal ist. Die DDR sei bereit, vor einem westdeutschen Gericht und nach westdeutschem Recht zu beweisen, daß die als Beleidigung des Bundespräsidenten beanstandeten Passagen der Wahrheit entsprächen.

In der Grundsatzfrage hatte der Vorsteher des Leipziger Börsenvereins, Köhler, bereits wenige Tage nach der Beschlagnahme gegenüber EXTRA-Dienst bestätigt, daß die DDR westdeutsches Recht in Frankfurt so gut anerkenne, wie sie beanspruche, DDR-Recht in Leipzig anzuwenden.

SFB ÜBT ZENSUR AUS: SICKERT VERLEUMDET WEITER

In der Abendschau des Senders Freies Berlin am 19.1.68 nahm der Vorsitzende des Republikanischen Clubs, Dr. Klaus Meschkat, zu den Verleumdungen des Westberliner DGB-Vorsitzenden Sickert Stellung. Obwohl Meschkat mündlich die Zusage erhalten hatte, der Schlußteil seiner Erklärung werde nicht gekürzt, fiel seine Bewertung der Hintergründe der Sickert-Kampagne der Zensur zum Opfer. Meschkat hatte darauf hingewiesen, daß Sickert schon in der Vergangenheit die Pogromhetze gegen die Westberliner Studen-

ten geschürt habe. Sickert verbreite jetzt Verleumdungen, weil immer mehr Arbeitnehmer erkennen, daß der DGB-Chef nicht die Interessen der Kollegen in den Betrieben vertritt.

In derselben Sendung wiederholte Sickert seine Behauptung, die Fragebogenaktion des Gewerkschaftlichen Arbeitskreises gehe nicht von den Mitgliedern des Clubs aus, sondern sei von Hintermännern ferngesteuert. Meschkat erklärte hierzu gegenüber dem EXTRA-Dienst wörtlich: "Es ist bezeichnend für die Zustände in Westberlin, daß an der Spitze des Abgeordnetenhauses ein Mann steht, der öffentlich Lügen verbreitet. Es ist beschämend, daß der Westberliner Vorsitzende einer Organisation, die überall sonst gegen rechtsradikale und antidemokratische Tendenzen kämpft, zur Diskriminierung der Auserparlamentarischen Opposition das Schreckgespenst einer kommunistischen Verschwörung an die Wand malt, das dem geistigen Arsenal der NPD entstammt. Es genügt heute nicht mehr, daß Sickert seine Doppelfunktion aufgibt, die schon lange von vielen aktiven Gewerkschaftern kritisiert wird. Sickert ist als DGB-Vorsitzender wie als Repräsentant der Westberliner Legislative untragbar geworden. Der Parlamentarismus in Westberlin bleibt mindestens solange unglaubwürdig, wie der Präsident des Abgeordnetenhauses die Auserparlamentarische Opposition verleumdet und denunziert." (siehe auch Seite 7)

ENZENSBERGER: WESTBERLINER JUSTIZ VERBREITET TERROR

Der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger hat in einem Offenen Brief an den Bundesjustizminister Dr. Heinemann seine Kritik an der politischen Justiz in der Bundesrepublik erneuert. Enzensberger, der im vergangenen Jahr den Widerspruch Heinemanns herausgefordert hatte, als er den mit 6.000 DM dotierten Nürnberger Kulturpreis "Leuten zur Verfügung stellte, die wegen ihrer politischen Gesinnung in der Bundesrepublik vor Gericht gestellt worden sind", wiederholt jetzt in dem Offenen Brief, der unter dem Titel "Staatsgefährdende Umtriebe" als Voltaire-Flugschrift im Westberliner Voltaire-Verlag veröffentlicht wurde, die Kritik, räumt aber gleichzeitig ein, daß politische Gesinnung tatsächlich nicht unter Strafe gestellt würde, "vorausgesetzt, jeder behält sie für sich und vorausgesetzt, sie bleibt folgenlos".

Enzensberger fordert den Justizminister auf, "das greise Strafgesetzbuch, diese wilhelminische Konserve" grundlegend zu verändern, um die Kriminalisierung der außerparlamentarischen Opposition, die heute Opposition schlechthin sei, zu beenden. Enzensberger erhebt besonders gegen die Westberliner Justiz schwere Vorwürfe. Sie versuche, Schrecken zu verbreiten. "Dieser Schrecken aber heißt lateinisch terror; er soll zermürben, abschrecken, Denkmittel austeilen; er gehört zur neuen Strategie der politischen Justiz in Deutschland. Es ist eine Strategie der Angst."

Enzensberger schreibt abschließend: "Vor zehn Jahren, Herr Minister, hießen die Stützen der Gesellschaft, der sie dienen, Vialon und Globke, und ihre Feinde Gerns und Schabrod. Heute ruht unser Gemeinwesen auf den Schultern von Wehner und Kurras; zu seinen Feinden hat dieses Gemeinwesen sich Tausende von namenlosen jungen Leuten gemacht, morgen werden es Zehntausende sein."

"WIEDERVEREINIGUNG": CDU RICHTET SICH ENDGÜLTIG IN BONN EIN

Die CDU wird in diesem Jahr noch den Bau eines eigenen Hauses für ihre Bundesgeschäftsstelle in Bonn beginnen. Der Bau, 115 m lang und 12 Geschosse hoch, wird an der Friedrich-Ebert-Allee - der Verbindungsstraße zwischen Bonn und Bad Godesberg - entstehen; die Bonner Stadtverwaltung begrüßte den Beschluß, da damit endlich "die Baulücke zwischen den Bauten des Deutschen Roten Kreuzes und der Britischen Botschaft geschlossen wird". Wie die SPD, die immer noch in einer Baracke haust, hatte die CDU einen Neubau jahrelang mit dem Hinweis hinausgeschoben, ein repräsentativer Bau in Bonn würde dokumentieren, daß man nicht mit einem Umzug nach Berlin rechne, also die Wiedervereinigung abschreibe. Die CDU-Geschäftsstelle war bisher in einem Altbau untergebracht. Die SPD hat ihre "Baracke" allerdings nach und nach zu einem festen Haus ausgebaut. Die Fundamente der "Baracke" wurden - mit zwei Kellergeschossen - so angelegt, daß ein mehrstöckiges Haus aufgesetzt werden kann.

NPD WESTBERLIN: VORBEREITUNG AUF WAHLKAMPF 1971

Die NPD Westberlin bereitet sich intensiv auf den Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus 1971 vor. Es wurden Kontakte mit der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) aufgenommen, deren Westberliner Landesverband rechts von den Gruppen des Bundesgebietes steht. Derzeit wird vor allem die Mitgliederwerbung, besonders durch großzügige Postwurfsendungen, vorangetrieben. - Der SPD-Geschäftsführer Eberhard Hesse hat auf einer Zusammenkunft von SPD-Funktionären auf die wachsende Aktivität der NPD hingewiesen und die Notwendigkeit betont, die NPD-Versammlungen durch "Beobachter unter Kontrolle zu halten"; die Sozialdemokraten sollten sich jedoch "nicht auf Diskussionen mit der NPD einlassen". Von Funktionären auf die Tatsache hingewiesen, daß eine solche Haltung als "Kneifen" vor der Auseinandersetzung abqualifiziert werden muß und einer stillschweigenden Duldung der NPD durch die SPD gleichkomme, meinte Hesse, man müsse sich vor dem "Hochspielen dieser Partei" hüten. (Siehe Dokumentation Seite 6).

SPD REINICKENDORF: OPPOSITIONS-AUSSCHLUSS BEI VERSAMMLUNGEN

Der Kreisvorstand der SPD in Reinickendorf, neben dem in Steglitz der reaktionärste in Westberlin, hat einen Beschluß gefaßt, der Angehörige des SDS und anderer Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition vom Besuch sozialdemokratischer Versammlungen ausschließt. Der Reinickendorfer Beschluß ist Grundlage einer Vorlage für den Landesausschuß.

MAINZ: REPUBLIKANISCHER CLUB GEGRÜNDET

Immer mehr wird der Name Republikanischer Club zu einem Begriff der Außerparlamentarischen Opposition. Am letzten Wochenende wurde auch in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt ein RC als oppositionelles Diskussions- und Aktionszentrum gegründet. Die vorläufige Adresse: Reinhard Hippen, 65 Mainz, Schillerplatz 20 (Telefon 258 63). Zuden Initiatoren des Clubs gehören der Pressereferent der Stadt Mainz und Mitbegründer der Gruppe 47, Dr. Walter Heist, der Kabarettist Hanns-Dieter Hüsck und der Rechtsanwalt Dr. Erwin Rossmesl (Wiesbaden). Die Gründung war verbunden mit einem "kleinen Umtrunk" in der Weingroßhandlung Josef Racky, dessen Inhaber zu den Club-Gründern gehört.

EXTRA ÜBER UNS

EXTRA-Dienst ist keine Zeitung und kann aus Platzmangel die vielen Leserbriefe, die die Redaktion erreichen, nicht abdrucken - die Redaktion bemüht sich jedoch, in Leserbriefeneingehende Vorschläge und Diskussionsbeiträge an interessierte Gruppen weiterzuleiten. So erreichten uns zu dem durch uns dokumentierten Vertragsentwurf zwischen Westberlin und DDR des Christlichen Friedensdienstes (EXTRA-Dienst 3/II) zahlreiche Zuschriften. Ein konkreter Vorschlag - er stammt von dem Wirtschaftsjournalisten Heinz Krüger - sollte allerdings auch allen EXTRA-Dienst-Lesern nicht vorenthalten werden. Krüger: Tendenz und Formulierung der vorgeschlagenen Artikel 1 und 2 seien gutzuheissen, "aber mit Artikel 3 ist nichts anzufangen, er ist illusionär: Westberlin hat keine eigene Währung und keine eigene Posthoheit, sondern ist darin mit Zustimmung der Besatzungsmächte mit der BRD gleichgeschaltet. Wie kann es da souveräne Vereinbarungen mit der DDR treffen in Währungs- und Postfragen und etwa ein Währungsverhältnis 1:1 zugrundelegen, das doch die Ostseite verlangt? So vereinfacht ist hier also keine Politik mit Normalisierungsentwicklung zu machen. Im Sinne der erwähnten Parallelität müßte Artikel 3 etwa lauten: 'Senat und Regierung schließen Vereinbarungen zur Förderung der beiderseitigen Interessen auf allen Gebieten des Handels, der Wirtschaft, des kulturellen und wissenschaftlichen Austauschs im gleichen Rahmen, wie er zwischen Westberlin und BRD besteht oder erweiternd mit Zustimmung der Besatzungsmächte ermöglicht wird.' Darin liegt der Ansatzpunkt einer Normalisierung zur DDR hin."

NÜRNBERGER NACHRICHTEN: HELFEN DIE NAZIS DEM SPD-SENAT ?

An prominenter Stelle - auf Seite 2 - veröffentlichen die liberalen "Nürnberger Nachrichten", größte Zeitung Nordbayerns, in ihrer Ausgabe vom 19. Januar einen Bericht, den EXTRA-Dienst nachstehend im Faksimile dokumentiert. Die im allgemeinen wohl-orientierte Tageszeitung unterstellt dem Westberliner Senat unverhohlen, daß er sich in seiner Hilflosigkeit im Abwehrkampf gegen die ihn bedrängende Außerparlamentarische Opposition der Knüppelgarden der NPD bedienen wolle. Der Artikel der "Nürnberger Nachrichten" ist nur ein Beispiel dafür, wie der derzeitige Westberliner Senat in Kreisen der demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik eingeschätzt wird. In Westberlins Zeitungen schlägt sich das natürlich nicht nieder.

Eine Art Freikorps in Berlin

Ordnung muß sein

Schutzgemeinschaft der Rechten

Von der wirtschaftlichen Misere Westberlins sowie von seiner gesellschaftspolitischen Unruhe verspricht sich die NPD, die dort bisher stagnierte, bessere Aussichten. Jedenfalls aktiviert sie jetzt ihren Landesverband Westberlin, Stuhldreher heißt sein Anführer, SS-Mann von 1942.

Wie er zu starten plant, geht aus einem Flugblatt hervor, das die Westberliner NPD in hoher Auflage verbreitet. „Wie lange noch regiert in Berlin der Straßenmob, werden politische Meinungen mit Gewalt, Terror und Bedrohungen durchgesetzt“, so sucht die NPD den Unwillen gegen die linksradikale Agitation zu schüren und für sich selbst Stimmung zu machen. Darüber hinaus organisiert sie bereits ihre „Schutzgemeinschaft“ wie Mitte der zwanziger Jahre Gauleiter Goebbels die SA. Ob diese „Schutzgemeinschaft“ bloß zivile Saalordner für Versammlungen der NPD stellen soll oder sich bald als uniformierte, militärisch organisierte Parteigliederung präsentieren wird, das bleibt abzuwarten.

Ein gewisser Stuhldreher

Kaum war Stuhldreher's „Schutzgemeinschaft“ gegründet, wurde ihr außerhalb der NPD Sympathie bekundet. Die Westberliner CDU, im Verein mit der „Jungen Union“, die beide am gesellschaftspolitischen Status quo nicht rütteln lassen wollen, unterstellten in einer offiziellen Erklärung den Linksradikalen „niederträchtige Gesinnung“, nannten sie „kommunistische Störenfriede“ und forderten kategorisch: „Dem Terror ein Ende bereiten.“ Das erinnert an das Ende der „goldenen zwanziger Jahre“, als sich Hugenberg und Hitler zur „Harzburger Front“ anschickten. Jetzt werden dieselben Kreise wiederum durch das linksradikale Aufbegehren gegen antiquierte Zustände zueinander getrieben und wiederum wissen sie sich keinen anderen Rat, als gegen die „Gesellschaftsfeinde“ Bruchialgewalt einzusetzen. Damit soll offenbar Stuhldreher's „Schutzgemeinschaft“ beauftragt werden; witzige Berliner bezeichnen sie bereits als „SS“.

Die NPD, genauer gesagt Adolf v. Thadden, spekuliert noch auf Sympathie von anderer Seite. Anlässlich der Gründung der „Schutzgemeinschaft“ erklärte er, „möglicherweise lieben sich für diese Sache auch Männer wie der

Regierende Bürgermeister von Berlin oder Professor Carlo Schmid gewinnen“. Dieser Versuch, sich bei der SPD anzubiedern, erscheint reichlich abenteuerlich, ist jedoch nicht von vorneherein aussichtslos. Auch die Westberliner SPD steht den linksradikalen Unternehmungen ratlos gegenüber und hat's bereits mit Bruchialgewalt versucht, wobei Polizei und Senat freilich keine gute Figur machten: die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung wurde zum Pyrrhussieg. Gegen randallierende Demonstranten mit Gummiknüppel und Pistole vorzugehen, das paßt schlecht ins „Schaufenster der Freiheit“, das Westberlin für die DDR sein soll: Wiederholungen dieser Methode kommen der SED mehr als gelegen. Arges Dilemma für die SPD, für ihren Westberliner Senat, dessen Bürger wie eh und je „Ordnung muß sein“ verlangen. Indessen, Klaus Schütz, Regierender Bürgermeister, ist sich inzwischen darüber klar, daß die linksradikale Aktivität noch zunehmen wird. Was also tun?

Von hoher Brisanz

Wie verlockend, nicht nötig zu haben, gleich die Polizei eingreifen zu lassen, sondern bei Demonstrations- oder Versammlungskrawall sich Stuhldreher's „Schutzgemeinschaft“ bedienen zu können. Sie würde sozusagen als „Hilfspolizei funktionieren, die Beamten selbst brauchten lediglich Aufsicht auszuüben, daß nicht Schlagtod praktiziert wird. (Auf einem Foto, diesseits der Elbe aufgenommen, ist bereits zu sehen, wie Saalordner der NPD einen Gegner kräftig zur Tür hinausbefördern, wobei ein Polizist untätig zusieht.) So kann denn in Westberlin die NPD durch Stuhldreher's „Schutzgemeinschaft“ dem von der SPD dirigierten Senat sympathischer werden als bisher; die „Freikorps“ von 1918/19 wurden's ihr auch. Eben darauf spekuliert der clevere Adolf v. Thadden.

Er sowie diejenigen, die mit ihm liebäugeln, sind sich anscheinend gar nicht bewußt, in welche Situation sie Westberlin bringen können. Wahrscheinlich glauben sie, daß die westlichen Schutzmächte, in gesellschaftspolitischer Solidarität, Stuhldreher's „Schutzgemeinschaft“ freie Hand gegen jeglichen Linksradikalismus geben werden. Die englische und amerikanische mag noch dazu neigen, bei der französischen ist dies heute mehr als fraglich. Außerdem betont die russische Weltmacht neuerdings auffallend, daß sie laut dem „noch immer gültigen“ Potsdamer Abkommen in die Verantwortung für das gesamte Berlin einbezogen ist. Und sie wird Thaddens Westberliner Spiel nicht tolerieren.

F. S.

GEWERKSCHAFTLICHER ARBEITSKREIS IM RC: FRAGEBOGEN-AKTION

Durch einen wütenden Ausfall des Westberliner DGB-Vorsitzenden Sickert rückte Ende vergangener Woche eine Aktion des Gewerkschaftlichen Arbeitskreises im Republikanischen Club in den Mittelpunkt des Interesses. EXTRA-Dienst dokumentiert auf den folgenden Seiten im Faksimile, allerdings verkleinert, den an die Mitglieder des Arbeitskreises verschickten Fragebogen sowie den dazugehörigen Begleittext des Arbeitskreises im Wortlaut.

FRAGEN ZU UNSERER ARBEIT UND ANTWORTEN DARAUF

1. Ist es nötig, für alle Mitglieder des Arbeitskreises einen Gesamtüberblick über die Lage in den verschiedenen Organisationsbereichen herzustellen?

Es erscheint aus folgenden Gründen nötig:

Der Arbeitskreis ist ein gewerkschaftlicher Arbeitskreis. Sein Hauptgegenstand ist das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit und wie es sich unter unseren Augen entwickelt. Er ist kein Hilfsorgan für eine bestimmte Gewerkschaft.

Die Forderung nach Solidarität muß eine wirksame Grundlage bekommen, sie soll keine Phrasendrescherei bleiben. Ein erster Schritt dazu ist die gemeinsame genauere Einsicht in die Lage der Kollegen in den Betrieben, Büros, Verwaltungen der verschiedenen Organisationsbereiche. Der zweite, notwendige Schritt, die gemeinsame Beratung und Bearbeitung der Schwierigkeiten der Kollegen ist ohne den ersten Schritt nicht möglich.

2. Ist es nötig, so genau wie möglich die Lage in einzelnen Betrieben, Büros, Verwaltungen gemeinsam zu studieren?

Ja, und zwar aus folgenden Gründen:

Wenn man auf sich allein gestellt den besonderen Schwierigkeiten des vertrauten Bereiches gegenübersteht, dann verliert man gar zu schnell den Überblick, versackt in einem Haufen von Kleinigkeiten, die alle gleich wichtig oder unwichtig sind und greift in der Not zu Routineerledigungen.

Es kommt aber darauf an, den Überblick zu behalten. Was heißt das?

Wir müssen die Ähnlichkeit unserer Lage gerade aus dem Studium der konkreten Lage der einzelnen Betriebe usw. erkennen lernen, damit wir besser die Hauptthemen der gemeinsamen gewerkschaftlichen Arbeit herausarbeiten können. Dann ist aber nicht länger jede einzelne Schwierigkeit der täglichen Arbeit eine, vor der man allein steht und die man allein lösen muß.

Andererseits können wir besser unterscheiden, welche einzelnen und besonderen Schwierigkeiten einzelne und besondere Maßnahmen zu ihrer Überwindung erfordern.

So werden wir zugleich in den gemeinsamen und einzelnen Aktionen genauer und stärker. Wir stellen unter den einzelnen Aktionen einen Zusammenhang her und gliedern sie in die langfristige gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit auf klare und bestimmte und nicht mehr zufällige Weise ein.

Wie aber sollen wir einen Überblick gewinnen, wenn wir uns nicht die konkreten einzelnen und besonderen Verhältnisse vor Augen halten und uns auf diese Weise von dem Druck der täglichen Arbeit befreien? Allgemeine politische Erörterungen und gemeinsames Schimpfen können uns da nicht weiterhelfen; im Gegenteil.

3. Welche Ziele streben wir mit unserer Arbeit an?

Wir hoffen, daß unsere Bemühungen helfen, die gewerkschaftliche Arbeit nach den konkreten Schwierigkeiten der Kollegen auszurichten, ohne daß sie sich in Einzelheiten verzettelt und so abgeschwächt wird.

Wir hoffen, daß unsere Arbeit mithilft, die Grundlagen dafür zu schaffen, daß Aktionen zur Überwindung bestimmter Schwierigkeiten auf breitester Basis von den Kollegen beraten werden können.

Wir hoffen, daß unsere Arbeit die Kollegen in den Stand setzt, wohlbedachte Aktionen zur Wahrung ihrer Interessen und zum Ausbau ihrer Rechte durchzuführen.

Schließlich stellen alle vorgenannten Ziele organisatorische Aufgaben, die zur Erreichung der Ziele gelöst werden müssen. Auf diesen Punkt fällt ein Schwergewicht unserer Arbeit. Wir werden uns dafür in geeigneter Weise die Erfahrungen der Kollegen in Westdeutschland und die Erfahrungen der Arbeiterbewegung der westlichen Länder zunutze machen.

4. Ist dies das Programm einer Gegengewerkschaft?

Nein!

Wir helfen lediglich mit, die Überwindung der drückendsten Schwierigkeiten, die Lösung der drängendsten Fragen der Kollegen in Westberlin in Angriff zu nehmen. Wir knüpfen an die Schwierigkeiten und Fragen, wie sie unmittelbar am Arbeitsplatz auftauchen und wie sie auf Umwegen die Kollegen als Konsumenten abermals belasten. Bei dieser Arbeit sind wir auf die konkreten Erfahrungen der Kollegen angewiesen.

Wir werden uns aber auch das Wissen der "Intellektuellen" zunutze machen, bei Wahrung des Grundsatzes der Nichteinmischung. Denn es gilt nach wie vor: Wollen wir uns von der Last der kapitalistischen Verhältnisse befreien, so kann das nur durch unsere eigenen Anstrengungen geschehen. Darin ist aber eingeschlossen die demokratische Beteiligung der Kollegen auf breiter Basis. Diese Beteiligung streben wir an im Bewußtsein mitzuarbeiten an der Erfüllung einer der Hauptforderungen demokratischer Gewerkschaften. Indem wir selber anfangen, uns zu beteiligen und unsere Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, erfüllen auch wir diese Forderung.

Schließlich sind wir uns bewußt, daß wir nicht die Arbeit einer politischen Partei machen können und erkennen darin zugleich die Grenzen unserer gewerkschaftlichen Arbeit. In dieser Arbeit konzentrieren wir uns auf die Stellen unmittelbarer Herrschaft des Kapitals über die abhängig Arbeitenden. Unsere Erfolge können nur Teilerfolge sein, neu erungene Plattformen für weitere Aktionen. Eine umfassende Lösung der Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit im Sinne unserer Befreiung von der Last dieser Widersprüche aber kann nur eine politische sein, für die das noch gültige Grundgesetz die Möglichkeiten offenhält. Insofern unsere Arbeit aber die Durchsetzung demokratischer Grundsätze in der Arbeitswelt einschließt, helfen wir, die umfassende politische Lösung vorzubereiten.

=====

HINWEISE DER REDAKTION

LENIN IN POLEN, ein polnisch-sowjetischer Spielfilm, wird in einer Filmveranstaltung der "Falken" am Donnerstag, 25. Januar, 22.45 Uhr, in der Filmbühne am Steinplatz gezeigt.

NICHT PRESSE-FOTOGRAF, sondern Maler und Publizist ist H. P. Alvermann, der wie im EXTRA-Dienst 5/II berichtet - den Düsseldorfer Republikanischen Club organisiert.

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

INTERESSENTEN, die zur Gründungskonferenz des Sozialistischen Zentrums am 3. Februar nach Offenbach fahren wollen, sollen sich bis spätestens 28. Januar im Büro des Republikanischen Clubs (Telefon 883 40 75/76) anmelden. Autofahrer werden gebeten, freie Plätze anzugeben.

DONNERSTAG, 25. Januar, 20 Uhr, findet im RC ein "Streitgespräch" zwischen Manfred Rexin und Nils Diederich zum Thema "Mehrheitswahlrecht" statt.

FREITAG, 26. Januar, 20 Uhr, spricht im RC Dr. M. Tomala, stellvertretender Direktor des Instituts für Auslandsbeziehungen in Warschau, zum Thema "Polen und Probleme der europäischen Sicherheit".

MITTWOCH, 31. Januar, 20 Uhr, spricht im RC Neal Asherson, Westberlin-Korrespondent des "Observer", in der Reihe "Europäische Presse" über die englische Presse und die Zeitungskonzentration in Großbritannien.

I. DER BETRIEB

Branche
Rechtsform
Eigentümer, Konzernzugehörigkeit, Konzernsitz
Hauptwerk - Zweigwerke
Betriebsgröße
a) Umsatz
b) Zahl der Beschäftigten
Produktionsprogramm - Leistungsprogramm
Hauptlieferanten - Hauptabnehmer
Exportanteil, Exportländer (entsprechend Importe)
Management: Wer - namentlich
Stellung in Arbeitgeber-Organisationen
Aufsichtsratsposten
Wie selbständig ist das in Berlin
ansässige Management?
Betriebsverlagerungen
Investitionsvorhaben, Erfolgte Investitionen seit
1958 (Chruschtschow-Ultimatum)
Gewinne

II. Arbeitsentgelte, Arbeitsbedingungen, gewerkschaftliche Organisationen im Betrieb
Zeitliche Tarifverträge
Betriebsvereinbarungen
Sozialleistungen und ihre Absicherung
x Entlohnungssystem
Akkord-)
Zeit-)
Prämien-)
Gehalt)
% - Anteil an Belegschaftsmitgliedern
Organisationsgrad
x Vertrauensleutekörper
x Betriebsrat
x Gewerkschaftangehörigkeit (einzelne Gewerkschaften)
x Bildungsobleute
x Anteil der westdeutschen Arbeitnehmer
x Fluktuation der Arbeitnehmer
x) Die Angaben sind aufzuteilen nach
Betriebsabteilungen (zu beschreiben nach
Belegschaftsstärke,
Produktionsbereich)

Geschlecht
Alter 15 - 21
22 - 30
31 - 45
46 und älter

Arbeiter - Angestellte
Berufliche Qualifikation
(wieviel arbeiten nicht entsprechend
ihrer Ausbildung?)

Wieviele kommen aus branchenfremden
Berufen?)
Wie hoch ist die Spanne zwischen dem
Effektiv- und Tariflohn?
Wie werden die Zulagen ausgewiesen?
Werden Überstunden gemacht?
Wie hoch ist ihr Anteil an der Gesamt-
arbeitszeit?
Wie ist die tägliche Arbeitszeit verteilt?
Wird Schicht gearbeitet?

Gewerkschaftliche Organisationen im Betrieb

1. Welche Gewerkschaften sind vertreten?
a) Verhältnis in %
b) Wie und in welcher Gewerkschaft sind die unteren Führungskräfte, z. B. Vorarbeiter, Meister und Abteilungsleiter organisiert?
2. Vertrauensleute im Betrieb
a) Wer ist Vorsitzender der Vertrauenskörperleitung?
b) Wieviele Vertrauensleute gibt es im Betrieb und von welcher Gewerkschaft?
c) Wie werden sie gewählt und wie oft?
d) Welche Aufgaben haben sie in der Praxis? (z. B. Beiträge einsammeln, Zeitungen verteilen)
e) Nach welchen Gesichtspunkten und wo sind sie im Betrieb verteilt?
f) Welche Schulungen haben sie besucht?
g) Ihr Verhältnis zum Betriebsrat
h) Führen sie Sitzungen durch (wann, wie oft und wo?) - ihre Sitzungsthemen?
Gibt es gewerkschaftliche Bildungsprogramme?
i) Sind im Betrieb Bildungsobleute tätig?

3. Der Betriebsrat

- a) Wer ist der Vorsitzende?
- b) Wieviel Betriebsratsmitglieder?
- c) Wieviel Betriebsratsmitglieder sind freigestellt?
- d) Sind die Betriebsratsmitglieder organisiert und in welchen Gewerkschaften?
- e) Gibt es eine Gesellschaftsordnung und Aufgabenverteilungsplan des Betriebsrates? (Welche Kommissionen gibt es?)
- f) Wieviel Sitzungen hält der Betriebsrat im Monat ab?
- g) Gibt es Sondervertretungen im Betrieb und nehmen sie an den Sitzungen teil?
- h) Werden die Wahlen zum Betriebsrat, Vertrauensleutkörper und Jugendvertreter vorbereitet und wie?
- i) Wann sind die nächsten Wahltermine?
- j) Welche sind die häufigsten Ursachen von Auseinandersetzungen zwischen BR - VL - JV und der Belegschaft und wie werden sie beigelegt?

4. Belegschaft - Betriebsrat - Gewerkschaft

- a) Werden Betriebsversammlungen durchgeführt? wann?
Wo?
- b) Welche Themen werden behandelt? Wie wird die Versammlung vorbereitet?
- c) Wird in der Betriebsversammlung diskutiert?
- d) Wer nimmt an der Versammlung teil? (Direktion, Jugendliche, Gewerkschaftsvertreter)
- e) Wer spricht zur Belegschaft?
- f) Werden gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen durchgeführt? Wie oft? Wann? Wo? Welche Themen? Werden Beschlüsse gefasst?

5. Arbeitnehmervertreter im Wirtschaftsausschuß und im Aufsichtsrat

- a) Existiert ein Wirtschaftsausschuß? Wie ist seine Zusammensetzung? Wie ist die Arbeitsweise des Wirtschaftsausschusses? Ist er Informationsquelle für BR und Belegschaft?
- b) Wieviel Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat gibt es? Wieviel Arbeiter, Angestellte und außerbetriebliche Vertreter gibt es?
- c) Wie ist der Kontakt der Aufsichtsratsmitglieder zum BR und zur Belegschaft?

6. Arbeitnehmer in Parteien und Verbänden

- a) Gibt es eine SPD-Betriebsgruppe? Wie stark ist sie?
- b) Sind Kollegen Mitglied der Vertreterversammlung, Tarifkommission oder Ortsverwaltung?

7. Die in Betrieben arbeitenden Arbeitskreismitglieder sollten über diesen Fragenkatalog hinaus nach Möglichkeit ein "Tagebuch" über besondere betriebliche Ereignisse und Konfliktsituationen führen, um Geschehnisse, die nicht mit der vorliegenden Aufstellung zu erfassen sind, festzuhalten.

Wohlgemerkt!

1. Die Fragen selber sollten so zahlreich wie möglich sein, damit uns nichts Wichtiges entgeht; aber jede einzelne Frage ist nur nützlich, wenn sie wirklich nützlich ist. Jeder kann in diesem Sinne ergänzen und streichen!
2. Es kommt nicht auf die Vollständigkeit, sondern auf die Genauigkeit an. Also soll jeder sich die Fragen herausuchen, die er am genauesten beantworten kann. Es kommt zunächst wirklich nicht darauf an, daß jeder unbedingt zu jeder Frage was schreiben muß. Für einige Kollegen wird der letzte Fragepunkt ein Hauptpunkt sein, zu dem sie was zu sagen haben. Er ist wirklich ein Hauptpunkt!